

ABGABE EINER VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG UND EINLADUNG VON VISUMSPFLICHTIGEN AUSLÄNDER/ -INNEN

GASTGEBER / GASTGEBERIN

*Pflichtfelder: siehe Datenschutzhinweis

Name*		Vorname*	
Geburtsdatum*		Geburtsort*	
Postleitzahl, Wohnort*		Straße, Haus-Nr.*	
Identitätsdokument und Nr. (Personalausw. o. Pass)		Staatsangehörigkeit*	Ggf. Aufenthaltstitel*
Beruf	Arbeitgeber mit Anschrift		
Familienstand* ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend			
Wieviele unterhaltspflichtige Personen (Ehepartner/-in und Kinder) leben in Ihrem Haushalt?*			<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> Personen
Haben Sie innerhalb der letzten 6 Monate eine Einladung/Verpflichtungserklärung abgegeben oder ausstellen lassen?*		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Beziehen Sie Leistungen nach dem SGB II oder XII (Sozialhilfe/Grundsicherung/ Arbeitslosengeld II)?*		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Liegen Pfändungsbeschlüsse gegen Sie vor?*		<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

GAST

Name*		Vorname*	
Geburtsdatum*		Geburtsort*	
Staatsangehörigkeit*		Pass-Nr.	
Anschrift (Wohnort, Straße, Gebiet, ggf. Haus oder Wohnungs-Nr.)*			
Verwandtschaftsbeziehung mit dem Gastgeber			

BEGLEITENDE PERSONEN (nur Ehepartner/in oder minderjährige Kinder)

Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort des Ehepartners	Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort des/r Kindes/er
Frühestmögliches Einreisedatum*:	

Hinweise:

Folgende Unterlagen müssen bei Vorsprache im Original vorgelegt werden:

- Personalausweis/ Reisepass
- Letzte 3 Verdienstbescheinigungen oder sonstige Einkommensnachweise (ggf. Bescheinigung Steuerberater)
- Verwaltungsgebühr in Höhe von 25,00 € / Verpflichtungserklärung

Wir weisen Sie daraufhin, dass für die Visumsbeantragung bei der deutschen Auslandsvertretung eine Auslandsrankenversicherung vorgelegt werden muss. Diese bitte abschließen oder den Gast darauf hinweisen.

Vellmar, _____ Ort, Datum	_____ Unterschrift Gastgeber/ Gastgeberin
---------------------------------	--

Ausländerbehörde / Auslandsvertretung:

Stadt Kassel – Oberbürgermeister Gemeinsamer
Kreisordnungsbehördenbezirk Ausländerwesen Stadt und Landkreis
Kassel Kurt-Schumacher-Str. 29
34117 Kassel

Erklärung des Verpflichtungsgebers vor der ABH / AV zur Abgabe der Verpflichtungserklärung

vom:

Nr:

„Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen.

Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreiseverpflichtung nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts.

Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltzweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde.

3. Vollstreckbarkeit

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2e und g AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte.

Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden und einen Abdruck davon erhalten habe.

Datum:

Name des sich Verpflichtenden:
(bitte in Druckbuchstaben ausfüllen)

Unterschrift des sich Verpflichtenden: